

# Eine neue Sprachpolitik für Europa?<sup>1</sup>

Peter Hans Nelde

Das Experiment der Europäischen Union, elf Amtssprachen anzuerkennen und einzusetzen, ist in der Geschichte der Menschheit einmalig. Kein Land und keine Ländergemeinschaft hat sich bisher für ein solch explizites Mehrsprachigkeitsmodell ausgesprochen, auch nicht das weitausgedehnte Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Im Prozeß der europäischen Integration kommt nach der politischen Sprache auch der Frage nach dem Prestige der nationalen Wissenschafts-, Wirtschafts- und Kultursprachen Bedeutung zu. Das Europa der Zukunft wird nicht einsprachig sein. Die Herausbildung dieser „Neuen Mehrsprachigkeit“ vollzieht sich im Spannungsfeld der politischen Machtverlagerungen innerhalb der Europäischen Union, der zunehmenden Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, der Folgen von Internationalisierung und Globalisierung einerseits und dem individuellen und nationalen Bedürfnis nach kultureller Identität andererseits. Mehrsprachigkeit wird für den mobilen Europäer zunehmend auch zur notwendigen Voraussetzung seiner wirtschaftlichen Existenz. Auch da, wo unterschiedliche Volksgruppen nicht schon traditionell in einer staatlichen Einheit zusammenleben, wie in Belgien oder der Schweiz, entstehen durch wirtschaftlich bedingte Migrationsströme regional mehrsprachige Sozialgemeinschaften, was besonders in den europäischen Großstädten sichtbar wird. Notwendig wird ein wachsendes Bewußtsein aller EU-Staaten über den Stellenwert ihrer Sprachen auf der Makroebene (staatlicher und suprastaatlicher Bereich) wie der Mikroebene (regionale Sprachgemeinschaften, Minderheiten).

Die Entwicklung einer neuen europäischen Sprachenpolitik, die politische und wirtschaftliche Integration fördern und zugleich kulturelle Identitäten bewahren soll, wird gerade im Blick auf die geplante Aufnahme nord- und osteuropäischer Länder notwendig werden. Es soll hier gezeigt werden, welchen Beitrag dazu die Sprachwissenschaft mit ihren Arbeitsgebieten Soziolinguistik (linguistische Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Bedingungen von Sprache) und Kontaktlinguistik (transdisziplinäre Analyse der in den verschiedenen Regionen und Staaten existierenden Sprachsituationen mit dem ihnen eigenen Konfliktpotential) liefern kann.

## Sprachwissenschaft, Mehrsprachigkeit und Europäische Union

Sprachwissenschaft als Gesellschaftswissenschaft hat sich stets als Spiegelbild der jeweiligen Gesellschaftsform verstanden und ist und war damit unterschiedlichsten Perspektiven und Modeerscheinungen unterworfen. Am Beispiel des Deutschen als Minderheitssprache in Alt- und Neubelgien (den deutschen Ostkantonen Belgiens) läßt sich der Wechsel der Perspektive an den Forschungsschwerpunkten des letzten halben Jahrhunderts ablesen. Dienten in den sechziger Jahre philologische, etymologische und dialektologische Arbeiten auch der Rechtfertigung nationalstaatlicher Prinzipien in einem mehrsprachigen Kontext, lieferten in den siebziger Jahren Interferenzforschung und Fehleranalysen Vergleiche mit dem „Mutterland“. In den achtziger Jahren entstanden erste soziolinguistische Arbeiten zur Bedeutung sozialer Schichtung für den Sprachgebrauch, die die Integrationsprobleme von Migranten einschlossen. In den neunziger Jahren entdeckte man die aufblü-

henden grenzübergreifenden Euregios als Forschungsobjekt unter dem Aspekt des Sprachkontakts. Neuerdings entwickelt sich eine ökolinguistische Perspektive, die sich mit den sprachlich-kulturellen Folgen von Raumplanung, Verstädterung und Internationalisierung des Transportwesens befaßt.

Inzwischen gibt es länderübergreifende Themen in der Sozio- und Kontaktlinguistik, die als skandinavische (Spracherwerb, Gebärdensprache), mediterrane (Minderheiten, Standardisierung) oder als Benelux- (Sprach- und Bildungspolitik) Themenblöcke bezeichnet werden könnten.

Die Bedeutung der Mehrsprachigkeit nimmt stark zu, dafür dürfte die grundsätzliche Entscheidung der Europäer, im Rahmen ihres Zusammenschlusses in einer Union für die sprachliche und kulturelle Vielfalt ihrer jeweiligen Länder zuständig zu bleiben, verantwortlich sein. In den fünfzehn Ländern der EU dienen elf Amtssprachen zugleich als Arbeitssprachen. Zur offiziellen Verständigung sind heute 110 (11x10) Sprachkombinationen zugelassen. Im Blick auf die geplante Erweiterung



Abb. 1  
Pieter Bruegel, *Der Turmbau zu Babel*, 1563

der EU und der damit verbundenen Aufstockung des amtlichen Sprachenarsenals werden die möglichen Sprachkombinationen auf über 200 ansteigen – ein Unding, das an Pieter Bruegels Turmbau zu Babel (Abb. 1) erinnert, da noch kein Dolmetschergebäude existiert, das mit der entsprechenden Zahl von Dolmetscherkabinen ausgerüstet ist. Zur Zeit kümmern sich fast 4.000 Übersetzer und Dolmetscher in Brüssel und Luxemburg um die europäischen Kommunikationskanäle.

Die Europäische Kommission hat erst in den letzten zehn Jahren die Bedeutung von Mehrsprachigkeit für ein gutes Funktionieren der Union erkannt, entsprechende Mittel bereitgestellt und sich von der strukturell bedingten Asymmetrie der Mehrsprachigkeit (Abb. 2) nicht abschrecken lassen, um ein eigenes – inzwischen wieder in Auflösung befindliches – „Ministerium“ (in Brüssel als Generaldirektion XXII) zu gründen, das auch für die kleineren Sprachen verantwortlich zeichnet. Damit hat die EU der Tatsache Rechnung getragen, daß sprachliche Konflikte aufs engste interdependent mit sozioökonomischen Konflikten verknüpft sind. Daß der einsprachige Europäer in einer so vielsprachigen Struktur kaum zukunftsfähig ist, dürfte bei der noch zunehmenden Zahl der Sprachkontakte einsichtig sein.

Angesichts einer rasch fortschreitenden wirtschaftlichen Integration der EU und einer sich deutlich bemerkbar machenden Beschränkung der Befugnisse der Nationalstaaten heben sich Unterschiede in Europa in einem schleichenden Angleichungsprozeß auf, der über Handel, Wirtschaft, Medien, Informationstechnologie und Kultur stattfindet, dabei bemüht ist, die nationalstaatlichen Unterschiede und Gegensätze zu integrieren und zu assimilieren. Diese abnehmende Diversität zwischen den Einzelstaaten bewirkt eine Annäherung in fast allen Bereichen des eu-

ropäischen Zusammenlebens, kaum jedoch im Sprach-, Kultur- und Bildungsbereich. Mit zunehmender Integration und abnehmender nationalstaatlicher Abschottung wird die sprachlich-kulturelle Vielfalt als eines der wenigen verbleibenden Unterscheidungskriterien innerhalb Gesamteuropas Bestand haben.

Unter diesen Voraussetzungen wird schließlich die sprachlich-kulturelle Eigenart der Mitgliedsländer als wichtigstes Identitätsmerkmal zukünftiger Europäer an Bedeutung gewinnen. Der Stellenwert von Sprachen in Europa wird zunehmen, Mehrsprachigkeit ein wesentliches Kennzeichen des Europäers werden. Es werden neue Herausforderungen auf dem Gebiet der Mehrsprachigkeitsforschung und Kontaktlinguistik, insbesondere der Sprachplanung und Sprachpolitik erwachsen.

Diese Bereiche haben sich als Teil einer Kontaktlinguistik (in den fünfziger und sechziger Jahren), als Teil der gerade aufkommenden Sprachsoziologie und Soziolinguistik entwickelt, als die ehemaligen Kolonialreiche kollabierten und junge, aufsteigende Nationen – vor allem außerhalb Europas – über eine zu etablierende Staats- und Standardsprache versuchten, ihre neu entdeckte Identität an eine Nationalsprache zu binden. Von einer europäischen Sprachplanung kann man indes vor Ende des 20. Jahrhunderts kaum sprechen. Die bestehende inhaltliche Heterogenität ist an eine terminologische Asymmetrie gebunden: Während das Englische drei sich ergänzende Begriffe unterscheidet (language planning, language policy, language politics), ähnlich wie das Niederländische (taalplanning, taalbeleid, taalpolitiek) neben anderen europäischen Sprachen, kennt das Deutsche nur Sprachplanung und Sprachpolitik, wobei policy in Politik enthalten ist; das Französische, das – wie im Deutschen – zwar planification linguistique neben politique linguistique kennt und diese Termini ursprünglich in einem zentralistischen Sinne verwandte, bedient sich heute des Einheitsterminus l' aménagement linguistique, der nicht nur die älteren Begriffe miteinschließt, sondern auch im Sinne eines „sprachlichen Haushalts“ bei den jüngsten Entwicklungen einer Ökolinguiistik Anschluß sucht und damit wohl der modernste der europäischen Termini ist.

Unter Berücksichtigung dieser nationalstaatlichen Besonderheiten bemühen sich Sprachplaner, die jeweilige nationale Sprachpolitik zu europäisieren, was im Falle Österreichs und Deutschlands in erster Linie eine Frage der Bildungspolitik ist, da von dieser der nationale Fremdsprachenunterricht – auch in diesen Ländern weiterhin Hauptbestandteil der nationalen Sprachpolitik – bestimmt wird.

## Die Neue Mehrsprachigkeit

Um den Erfordernissen einer modernen europäischen Sprachplanung und Sprachpolitik gerecht

zu werden, ist eine Analyse der Faktoren sinnvoll, die die gegenwärtige Mehrsprachigkeit kennzeichnen. Ausgehend von den zahlreichen Veränderungen im Wirtschaftsleben der Mitgliedsländer der EU seit der politischen Wende im Jahre 1990 und der 1995 erfolgten Erweiterung (Österreich, Schweden, Finnland) haben sich auch Sprachplanung und Sprachpolitik mit den neuen Bedingungen des Sprachkontakts in Europa auseinandersetzen müssen.

Die jüngsten Entwicklungstendenzen der Neuen Mehrsprachigkeit im Überblick:

#### *Internationalisierung*

Sicherlich trug eine immense Verordnungsflut aus Brüsseler Generaldirektionen zur Überwindung nationaler Eigenheiten und nationaler Grenzen in hohem Maße bei. Schlüsselbegriffe wie „Schengen“ (freier Verkehr von Personen und Gütern), Fusionen und Zusammenschlüsse aller Art machen deutlich, daß im Wirtschafts- und im Alltagsleben des Europäers nationalstaatliche Grenzen nur noch eine symbolische Bedeutung haben.

#### *Neoliberales Wirtschaftssystem*

Das Prinzip der freien Marktwirtschaft hat sich nach nordamerikanischem Vorbild in der Europäischen Union weitgehend durchgesetzt, wodurch wirtschaftliche, grenzübergreifende Faktoren an Bedeutung gewonnen und andere Faktoren nationalstaatlichen Ursprungs an Bedeutung verloren haben. Die neuen multikulturell und mehrsprachig – oft auch nur von der lingua franca Englisch – beherrschten Märkte stellten im Zuge der gegenseitigen Annäherung und wachsender neoliberaler Tendenzen die Frage nach Identität und Persönlichkeit wieder aufs neue. Im Bereich der europäischen Wirtschaft ist inzwischen eine nationale Zuordnung selbst bei traditionellen Großfirmen, einst der Stolz eines jeden Landes, hinfällig geworden. Werden nationale Firmen zu Weltfirmen, ersetzen sie konsequent ihr Markenzeichen „made in Germany“ durch „made by Siemens/Bosch“ etc.

#### *Glokalisierung*

Zu wenig berücksichtigt hat die Mehrsprachigkeitsforschung in den vergangenen Jahren eine polarisierende Gegenbewegung, die parallel mit der fortschreitenden Vereinigung Europas entstand, nämlich das Bedürfnis von Europäern unterschiedlichster Herkunft, sich mit der eigenen Region, der Stadt, den lokalen Gegebenheiten, der kulturellen Umwelt zu identifizieren. Angesichts dieses heute verstärkt auftretenden umgebungsbestimmten Lebensgefühls kann ohne weiteres von Glokalisierung (Globalisierung versus Lokalisierung) gesprochen werden, um die neu in den Blick rückenden Multiidentitäten europäischer Bürger zu beschreiben.

#### *Informationstechnologie und Medien*

Die Mehrsprachigkeitsforschung erkennt, daß die Neuen Medien – vor allem die Telekommunikation – mit ihren Anwendungsfeldern der Informationstechnologie die beobachteten Tendenzen im Bereich der Internationalisierung und Globalisierung noch verstärken. Als Konsequenz werden Sprachminderheiten häufig erste Opfer dieser Entwicklung. Da aber andererseits der Einsatz von Software mit ihren maßgeschneiderten Anwendungsmöglichkeiten für kleine Sprachgemeinschaften kostengünstig ausfällt, da außer einigen Anpassungen und Übersetzungen wenig Aufwand erforderlich ist, sind in besonderem Maße periphere Minderheiten, denen bisher der sprachlich-kulturell-wirtschaftliche Zugang zu den dominanten Mehrheitsmärkten fehlte, auch Nutznießer moderner Technologien.

So stützen sich in Wales und Irland die jüngsten Revitalisierungsversuche keltischer Sprachen besonders auf die Telekommunikation und die Neuen Medien (Telematik). Sprachliche Wiederbelebungsversuche im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe, bei der Arbeitsvermittlung und vor allem durch die Werbung setzen damit modernste informationstechnologische Erkenntnisse in die Praxis um. Internetforen, wie ein

Sprachgemeinschaft	Land	Ungefähre Sprecherzahl
Albanisch	Italien	80 - 135 000
Albanisch	Griechenland	80 000
Aromunisch	Griechenland	50 000
Baskisch	Baskenland/ Spanien	544 000
Baskisch	Navarra/ Spanien	53 000
Baskisch	Frankreich	86 000
Berber	Spanien	25 000
Bretonisch	Frankreich	180 - 250 000
Bulgarisch	Griechenland	30 000
Dänisch	Deutschland	25 000
Deutsch	Altbelgien	42 000
Deutsch	Neubelgien	68 000
Deutsch	Italien	290 000
Deutsch	Frankreich	1 800 000
Deutsch	Dänemark	20 000
Französisch	Italien	50 000
Friaulisch	Italien	400 000
Friesisch	Niederlande	400 000
Galicisch	Spanien	2 420 000
Gälisch	Großbritannien	59 000
Griechisch	Italien	7 500
Irish	Irland	1 095 000
Irish	Großbritannien	142 000
Katalanisch	Katalanien/ Spanien	4 065 000
Katalanisch	Balearn/ Spanien	428 000
Katalanisch	Valencia/ Spanien	1 909 000
Katalanisch	Aragon/ Spanien	48 000
Katalanisch	Frankreich	150 000
Katalanisch	Italien	15 000
Kornisch	Großbritannien	200 000
Korsisch	Korsika/ Frankreich	125 000
Kroatisch	Italien	1 700
Ladinisch	Italien	56 000
Luxemburgisch	Luxemburg	350 000
Mirandisch	Portugal	15 000
Niederländisch	Frankreich	20 40 000
Nordfriesisch	Deutschland	9 000
Okzitanisch	Spanien	3 000
Okzitanisch	Italien	35 - 80 000
Okzitanisch	Frankreich	2 100 000
Ostfriesisch	Deutschland	2 000
Portugiesisch	Spanien	3 600
Sardisch	Sardinien/ Italien	1 300 000
Slawo-Mazedonisch	Griechenland	75 000
Slowenisch	Italien	85 000
Sorbisch	Deutschland	50 000
Türkisch	Griechenland	100 000
Walisisch	Großbritannien	508 000

Abb. 2  
Kleine Sprachgemeinschaften der Mitgliedstaaten der EU, mit territorialer Basis, die Sprache und Gesellschaft verknüpft (nach der Studie Euromosaic, 1996)

Beispiel in sardischer Sprache zeigt, können zum 'virtuellen Dorf' werden und auch jene Sprachangehörige in die Sprachpflege miteinbeziehen, die außerhalb der Region leben. Die Sprachminderheiten anderer Regionen werden solchen Beispielen vermutlich folgen.

#### *Bildungspolitik*

Wenn Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union als vereinigendes Element betrachtet wird, jedoch im kulturellen Bereich die sprachliche Vielfalt gewollt ist, dann erscheint Sprachpolitik im Gegensatz zur sozioökonomischen Politik als trennendes Element. Bei einer weiter fortschreitenden und somit voraussehbaren Einigung Europas unter völliger Aufgabe der Grenzfunktionen gewinnt die Sprachpolitik, die in den meisten Ländern mit Staatssprachen als ein Teil der Bildungspolitik betrachtet werden darf, mit abnehmenden anderen Unterscheidungskriterien wesentlich an Bedeutung. Wenn alle wirtschaftlichen und politischen Systeme so miteinander verknüpft sind, daß sie unter Brüsseler Ägide ununterscheidbar ineinander übergehen, dann werden – unter Berücksichtigung der kulturellen Eigenständigkeitskriterien der Mitgliedsländer – die Bildungssysteme miteinander konfrontiert werden und bei der Identitätsfindung des zukünftigen Europäers eine Hauptrolle spielen.

Man beobachtete bereits bei den Grenzanrainern der Beneluxstaaten das Verschwinden des früheren Grenzbewußtseins, so daß sich heute junge Niederländer von jungen Deutschen im Grenzgebiet nur durch ihre jeweilige Schulausbildung und die Unterrichtsinhalte unterscheiden. Dies fällt umso mehr ins Gewicht, wenn man berücksichtigt, daß an der belgisch-niederländischen Grenze im Gegensatz zum deutsch-niederländischen Grenzgebiet zu beiden Seiten die gleiche Sprache gesprochen wird, die Sprecher sich jedoch sofort aufgrund des unterschiedlichen Unterrichtssystems als Niederländer bzw. Flamen zuordnen können. Versuche, die Bildungssysteme anzugleichen, sind allerdings bisher nur zaghafte erfolgt.

#### *Reduktion nationalstaatlicher Macht*

Innerhalb der Europäischen Union vollzieht sich ein Machtverschiebungsprozeß, der wesentliche Befugnisse der Nationalstaaten aufgrund wirtschaftlicher Zwänge, die sich aus dem Einigungsbestreben ergeben, aus den Regierungssitzen der Mitgliedsländer nach Brüssel transferiert. Dieser zwar schleichende aber sich beschleunigende Prozeß betrifft zwar nur einen geringen Teil der nationalstaatlichen legislativen Macht, ergreift jedoch durch den interdependenten Charakter der Wirtschaftsfaktoren und der seit Maastricht und Amsterdam zunehmenden Vereinheitlichungstendenzen sämtliche Lebensbereiche der Europäer. Dabei stoßen diese Bemühungen um ein rechtlich-po-

litisch-ökonomisch vereintes Europa nur auf eine einzige zuvor gemeinschaftlich aufgebaute Barriere: die von allen Mitgliedsstaaten gewollte sprachlich-kulturelle Eigenheit der Nationalstaaten, wobei die jeweiligen Regierungen bemüht sind, ihre sprachlich-kulturell konditionierten Domänen wie das Bildungssystem einschließlich des Primär- und Sekundarschulunterrichts in eigener Regie zu führen. Einbrüche sind jedoch bereits im Universitätsbereich (z. B. Gründung internationaler Universitäten) zu verzeichnen, der sich aufgrund seiner internationalen Verflechtung der Europäisierung nicht im gleichen Maße wie der Schulbereich entziehen kann. Auch das nationale Kunst- und Literaturleben bildet infolge seiner sprachlich-kulturellen Zuordnung zu den jeweiligen Staatssprachen und Landeskulturen weiterhin ein relativ abgeschottetes Rückzugsgebiet für die elf Amts- und Arbeitssprachen der EU. Dieser bislang wenig kommentierte „freiwillige“ Machtverzicht liefert zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen der möglichen Erklärungsfaktoren für die zu beobachtende Zunahme der Bedeutung von nationalen Sprachen, die als retardierendes Moment die Illusion von der staatlichen Eigenständigkeit der Mitgliedsländer aufrecht erhält und damit – zumindest für eine längere Periode zu Anfang des 21. Jahrhunderts – den Übergang zu einem „vereinten Europa in der Vielfalt“ ermöglichen hilft.

#### *Subsidiaritätsprinzip*

Bis zur Mitte der neunziger Jahre gab es innerhalb der EU ein gewisses Gleichgewicht zwischen zwei recht unterschiedlichen Konzeptualisierungen nationalen Denkens: Während mediterrane Staaten – vor allem jedoch Frankreich – einem zentralistischen Prinzip anhängen, plädierten föderal strukturierte Staaten – wie Belgien oder Deutschland – für ein Subsidiaritätsprinzip mit deutlichen Folgen für die Sprach- und Kulturpolitik der Mitgliedsländer. Während bei Anwendung des zentralistischen Prinzips die Existenz einer nationalen Sprachgesetzgebung vorrangig auf dem hierarchischen Verwaltungsweg von „oben“ nach „unten“ bestimmend ist, verzichten nicht-zentralistisch regierte Länder häufig auf einen nationalen Kulturminister und auf eine für Sprache und Kultur zuständige Regierungsebene und delegieren entsprechende gesetzliche Regelungen auf eine untere Ebene (Provinzen, Gemeinden, privatrechtliche Institutionen u.v.m.).

Das starke politisch-wirtschaftliche Gewicht der nord- und mitteleuropäischen Staaten nach dem Beitritt Schwedens, Finnlands und Österreichs hat in jüngster Zeit die Subsidiaritätstendenzen in der EU – deutlich erkennbar am Beispiel Großbritanniens, das Schottland und Wales eigene politisch aktive Parlamente gewährte – erheblich verstärkt, was nicht ohne Folgen für die Tendenzen in Sprachplanung und Sprachpolitik bleiben dürfte.

Allerdings zeichnen sich hier bereits Kompetenzkonflikte ab, die sich in Zukunft noch verstärken könnten: Während die Zuständigkeit für autochthone Sprachgemeinschaften (die bodenständigen oder indigenen Minderheiten) auch weiterhin bei den nationalstaatlichen Organen und ihren subsidiären Repräsentationen liegt, scheinen allochthone Gruppen (Migranten), für die oft mehr als eine Regierung bzw. mehr als eine Nation politisch verantwortlich und damit zuständig ist, einer grenzübergreifenden, supranationalen Konfliktlösung – falls man ihnen denn die freie Wahl ließe – den Vorzug zu geben, womit neue Aufgaben auf die überstaatliche Brüsseler Behörde zukämen. Trotz dieser und einiger anderer grenzüberschreitender autochthoner oder allochthoner Sprach- und Kulturkonflikte mit sozioökonomischem Hintergrund wird das sich wohl noch verstärkende Subsidiaritätsprinzip die Mitgliedsländer davor bewahren, daß brüsselerseits radikal in die nationale Sprach- und Kulturplanung eingegriffen wird.

### Folgerungen für eine europäische Sprachpolitik

Eine konsequente Sprachplanung und die Umsetzung ihrer Ergebnisse in eine europäische Sprachpolitik erfordern die Akzeptanz der aktuellen Entwicklung der Mehrsprachigkeitsforschung in Europa und zugleich die Einbeziehung weltweiter Tendenzen der rasch zunehmenden Mehrsprachigkeit besonders in den bevölkerungsreichen Regionen Asiens und Afrikas, wo Mehrsprachigkeit längst nicht mehr als Ausnahmeregelung erscheint, sondern zur Norm wird.

Zudem zeigt die jüngste Entwicklung, daß inzwischen fast alle Minderheitssprecher Europas mehrsprachig geworden sind und der Übergang zur Mehrsprachigkeit nicht mehr automatisch das Ende einer autochthonen Minderheitssprache bedeuten muß. Mehrsprachigkeit wird häufig als wirtschaftlicher und beruflicher Motor gesehen, der den Lebensstandard erhöht und Zugang zu neuen Berufsfeldern im grenzüberschreitenden Verkehr, im Kontakt mit internationalen Arbeitgebern und zu Unternehmen ermöglicht, die ihre Übersetzer und Dolmetscher mit Vorliebe aus mehrsprachigen Ländern (Luxemburg, Belgien) und Sprachgrenzgebieten (beispielsweise von der germanisch-romanischen Sprachgrenze) rekrutieren.

Damit geben mehrsprachige Minderheitssprecher ihre ererbte Defensivattitüde auf, erkennen die Chancen der Mehrsprachigkeit im neuen europäischen Diskurs, der sie nicht mehr zwingt, ihre Identität zu leugnen und sich den Prestigesprachen anzupassen. Der Einsprachige stößt dagegen zunehmend auf Schwierigkeiten, seine wirtschaftlichen oder politischen Interessen in einem mehrsprachigen Europa nachdrücklich vertreten zu können.

Sprachverhalten und Spracherwerb korrespondieren mit dem freien Markt. Globalisierung und Internationalisierung fördern die Bereitschaft junger Europäer, mehrere Sprachen zu erwerben, da sich deren Beherrschung nachweislich in höherem Einkommen auszahlt. In einem modernen Unternehmerprofil im europäischen Management zählen linguistische Kommunikationsfähigkeiten zu den geforderten Schlüsselqualifikationen. Die Zukunft bietet demjenigen Beschäftigungsmöglichkeiten, der in den Sprachen der Ausgangs- und Zielmärkte kommunizieren kann. Ein marktwirtschaftlich bestimmtes Mehrsprachenmodell motiviert eine Mehrsprachigkeit dauerhafter als eine zentralistisch konzipierte Sprachplanung, die trotz engem Einbezug der Sprachwissenschaft und Politik als statisches und damit wenig flexibles Instrument sich kaum dem veränderlichen Sprachbedarf des europäischen Sprachenmarktes anpassen kann und will.

Für eine europäische Sprachpolitik könnten die Erfahrungen von Nutzen sein, die in den neunziger Jahren im Bemühen um die Gleichberechtigung und Chancengleichheit von kleinen Sprachgemeinschaften gemacht wurden und teilweise recht erfolgreich als Konzepte einer propädeutischen europäischen Sprachplanung dienten:

- 1 Das Konzept der *positiven Diskriminierung*, das Minderheiten, weitgehend unabhängig von ihrer Sprecherzahl, gleiche Aufstiegsmöglichkeiten wie der dominanten Sprachgruppe gibt, um in das soziopolitische und das Wirtschaftsleben integriert zu werden. In der Praxis bedeutet dies für die staatlichen und regionalen Behörden, den sprachpolitischen Versuch zu unternehmen, die höheren Produktions- und Materialkosten und speziell geschultes Ausbildungspersonal in den subdominanten und kodominanten Sprachen des eigenen Landes bereitzustellen, damit jeder Minderheitssprecher seine Sprachenrechte im gleichen Maße genießen kann, wie die bisher deutlich privilegierten Mehrheitssprecher.
- 2 Das aus dem Subsidiaritätsprinzip hervorgehende *Dezentralisierungskonzept*, das in bisher zentralistischen Mitgliedsländern übernommen werden sollte, verdient aus sprachpolitischer Sicht besondere Aufmerksamkeit. Es müßte geprüft werden, inwieweit Entscheidungen im Sprach- und Kulturbereich auf untere demokratische Ebenen verlagert werden können, damit subdominante Sprachen und ihre Sprecher an Rechtssicherheit gewinnen und sich eine Sprachpolitik auf regionaler Ebene entfalten kann.
- 3 Dem sehr nahe steht ein *Ausbildungskonzept*, das es allen Bürgern ermöglicht, ihre Sprache in möglichst zahlreichen Kontexten zu verwenden, so daß sie – mit oder ohne Sprachgesetzgebung – in der Lage sind, Lösungen für ihre Sprach- und Kulturprobleme zu finden und sie in die Sprach- und Alltagspraxis umzu-

setzen, auch ohne sich auf die staatliche Verwaltung und Behörden zu berufen.

- 4 Ziel sollte ein Konzept der *Mehrsprachigkeitsförderung* sein, die das Erlernen einer Sprache auf Kosten einer anderen oder den Erwerb einer Sprache mit dem Zweck, andere Sprachen zu verdrängen oder zu diskreditieren, ausschließt. Diese Förderung gilt in besonderem Maße für die öffentliche Verwaltung und das gesamte Wirtschaftsleben und alle weiteren Domänen, deren Sprachverwendung das Prestige von Sprachen erhöhen würde.

Ein solcher Forderungskatalog dient als eine erste Anregung, die oft nur im Ansatz entwickelten nationalen Sprachplanungen und Sprachpolitiken zu europäisieren. Dabei soll allerdings vor dem Mißverständnis gewarnt werden, daß sich aus derartigen Vorüberlegungen ein allgemeingültiges Mehrsprachigkeitsmodell für die europäische Sprachplanung ableiten lasse. Der spezifische multilinguale Kontext muß sich in der regionalen und überregionalen Sprachpolitik eines jeden EU-Mitgliedslandes widerspiegeln und – soweit wie möglich – paßgenau auf die jeweilige Sprachgemeinschaft zugeschnitten sein, um den realen sozialen und ökonomischen Bedingungen zu entsprechen.

Ein einziger Masterplan zur Lösung der Sprachkonflikte könnte nur scheitern. Es liegt in der politisch bestimmten Anerkennung der sprachlich-kulturellen Vielfalt Europas begründet, daß statt pauschaler und verallgemeinernder Konfliktlösungen nur fallweise determinierte, situativ und kontextuell angepaßte Sprachenpolitiken erfolgreich sein können. Dies scheint die einzig mögliche Perspektive zu sein, die die zwischen nationalstaatlicher Selbstbestimmung und fortschreitender wirtschaftlicher Integration entstandene Spannung in der Sprach- und Kulturdomäne der EU-Staaten ansatzweise neutralisieren kann. Folgt man der abwartenden Haltung und den behutsam formulierten Vorschlägen der Kontaktlinguistik für eine sprachgrenzenübergreifende Sprachplanung und berücksichtigt man die zahlreichen empirischen Projekte zu ihrer Umsetzung in multiperspektivische und multidisziplinäre Sprachenpolitiken; wird sich ein vorsichtiger Optimismus im Blick auf die sprachpolitische Zukunft Europas rechtfertigen lassen, daß sich in einem mehrsprachigen Europa mit seinen regionalen und nationalen Sprachen auch die vielfältigen kulturellen Identitäten erhalten könnten.

*Anschrift des Verfassers:*

Prof. Dr. Peter Hans Nelde  
Katholische Universität Brüssel  
Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit  
Vriheidslaan 17  
1081 Brüssel  
Belgien

## Anmerkung

- <sup>1</sup> Eine ausführlichere Darstellung der hier vorgestellten Überlegungen erscheint im Böhlau Verlag (s. Literatur). Dort findet man auch den kritischen Apparat, auf dessen Abdruck hier verzichtet wird.

## Literatur

- Florian Coulmas (Hg.), *The Handbook of Sociolinguistics*, Oxford, Cambridge, MA 1996
- Hans Goebel, Peter H. Nelde, Zdenek Sary, Wolfgang Wölck, *Kontaktlinguistik – ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*, 2 Bde., Berlin/New York 1996-1997
- François Grin, *The Economics of Language: Survey, Assessment and Prospects*. In: *International Journal of the Sociology of Language* 121, S. 17-44
- Harald Haarmann, *Language in Ethnicity – A View of Basic Ecological Relations*, Berlin/New York/Amsterdam 1986
- Peter H. Nelde, Miquel Strubell, Glyn Williams, *Euromosaic I – Produktion und Reproduktion der Minderheitensprachgemeinschaften in der Europäischen Union*, Luxemburg 1996
- Peter H. Nelde, Miquel Strubell, Glyn Williams, *Euromosaic II*, Institut di Sociolinguistica Catalana, Barcelona 1999
- Peter H. Nelde, Rosita Rindler Schjerve (Hgs.), *Minorities and Language Policy*, St. Augustin 2001
- Peter H. Nelde, *Perspektiven einer europäischen Sprachpolitik*. In: „Werkzeug Sprache“ – Sprachpolitik, Sprachfähigkeit, Sprache und Macht, Hg. Union der deutschen Akademien der Wissenschaften/Sächsische Akademie der Wissenschaften, Redaktion: Katharina Weisrock, Hildesheim/Zürich/New York 1999, S. 35-56
- Peter H. Nelde, *Sprache im Spannungsfeld von wirtschaftlicher Integration und nationalem Selbstverständnis*. In: Oswald Panagl, Hans Goebel, Emil Brix (Hg.), *Der Mensch und seine Sprache(n)*, Böhlau Wien/Köln/Weimar 2001, S. 191-210
- Leos Satava, Susanne Hose, *Erhaltung, Revitalisierung und Entwicklung von Minderheitensprachen*, Bautzen 2000
- François Vaillancourt, *Economie et langue*, Québec 1985
- Glyn Williams, *Sociolinguistics – A Sociological Critique*, London/New York 1992
- Sue Wright, *Community and Communication – The Role of Language in Nation State Building and European Integration*, Clevedon/Buffalo/Toronto/Sydney 2000.